



Eine Debatte über die  
Zukunftsgestaltung  
braucht einen klaren  
politischen Rahmen

Oktober 2001

# Eine Debatte über die Zukunftsgestaltung braucht einen klaren politischen Rahmen

## 1. Die Debatte über die Zukunftsgestaltung Luxemburgs braucht eine Gesamtstrategie

Der Mouvement Ecologique stellt fest, daß derzeit ein gewisses Wirrwarr herrscht, was die Strukturierung der Diskussion über die Entwicklung Luxemburgs betrifft. Unserer Ansicht nach ist es mehr denn problematisch, daß verschiedene Diskussionen bis dato scheinbar "nebeneinander" laufen:

- die Diskussion über die Frage der Zuwanderung im Rahmen der "commission spéciale d'immigration";
- die Diskussion über den Plan für eine nachhaltige Entwicklung in der Umweltkommission;
- die Debatte über den "programme directeur de l'aménagement du territoire";
- die Erarbeitung der im Koalitionsprogramm vorgesehenen sektoriellen Pläne, die einen direkten Bezug zu der Frage der Bevölkerungsentwicklung haben, wie z.B. der "plan sectoriel transport", der «plan sectoriel logement», der «plan sectoriel de l'environnement naturel»

Fast symbolträchtig für die derzeit fehlende Gesamt-Strukturierung der Diskussion erscheint dem Mouvement Ecologique die Tatsache, daß über die Entwicklungsfragen in einer "commission spéciale d'immigration" diskutiert wird, wobei auf der Hand liegen dürfte, daß die Bevölkerungsentwicklung unser Land vor weitaus mehr Herausforderungen als "nur" diejenige der Zuwanderung stellt.

Weiteres Problem ist die Tatsache, daß die Gremien in denen das Thema derzeit besprochen wird, de facto unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen. Auch wenn z.T. Akteure der Zivilgesellschaft zu Unterredungen eingeladen werden, werden die BürgerInnen nicht eingebunden bzw. sind die der Diskussion zugrunde liegenden Dokumente weder der Öffentlichkeit noch der Presse zugänglich.

Der Mouvement Ecologique setzt sich für eine - nach außen nachvollziehbare - Strukturierung der Gesamtdebatte über die Zukunftsgestaltung unseres Landes ein, die der Tragweite der Herausforderungen entspricht. Dies bedingt das Festlegen einer klaren Abfolge, das Herstellen von Vernetzung und Zusammenhängen zwischen Teildebatten und eine Benennung von Verantwortlichkeiten. Eine Einbindung der Bevölkerung unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel ist ebenfalls unabdingbar, um eine möglichst breite Diskussion zu gewährleisten.

Dies bedeutet für den Mouvement Ecologique folgende Vorgehensweise

Eine erste Voraussetzung:

## Die Diskussion um eine "nachhaltige Entwicklung" muß den Rahmen für die zukünftige Entwicklung Luxemburgs setzen!

Eine der Errungenschaften der vergangenen Jahre ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique, daß aufgrund von RIO und mehreren Beschlüssen auf EU-Ebene, die Entwicklung eines Landes nicht mehr ausschließlich aufgrund wirtschaftlicher (u.a. Bruttosozialprodukt), sondern auch aufgrund sozialer und ökologischer Indikatoren gesehen werden muß.

Das Festlegen eines Systems solcher Indikatoren stellt somit auch den Rahmen für die Diskussion über die Entwicklung Luxemburgs dar.

Sie sind die Voraussetzung schlechthin, um die Planung einer nachhaltig gestalteten und verantworteten Zukunft in die Hand zu nehmen. Luxemburg wird auch aufgrund seiner internationalen Verpflichtungen (siehe Konferenz von Johannesburg im Jahre 2002) an dieser Aufgabenstellung nicht vorbeikommen.

Zwei Fallbeispiele:

- Luxemburg hat sich verpflichtet, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Damit dies überhaupt möglich wird, müssen konkrete Anstrengungen auch im Bereich der sektoriellen Politiken unternommen werden: Welche Verkehrsentwicklung ist aus Klimaschutzgründen in Luxemburg zu verantworten? Wie soll sich die Wirtschaftspolitik weiterentwickeln? Luxemburg kann sich nicht an diesen Fragestellungen mit einem Hinweis auf die "atypische Situation" Luxemburgs vorbeimogeln, sondern ist gehalten klar definierte Reduktionen zu erreichen.
- Die Begrenztheit des verfügbaren Raumes stellt einen entscheidenden "facteur limitant" für die Art der weiteren Entwicklung dar: der Anspruch der Nachhaltigkeit zieht nach sich, daß im Nachhaltigkeitsplan klare Angaben betreffend den zulässigen Landverbrauch festgeschrieben werden müssen. Dies wiederum macht die Notwendigkeit kurzfristiger Maßnahmen deutlich im Sinne eines Schutzes von Freiräumen zwischen Siedlungen (z.B. "zones vertes interurbaines"), die Notwendigkeit raumsparender Bauformen und -weisen sowie einer Koordinierung der Siedlungsentwicklung auf regionaler Ebene.

Im Klartext: Der Plan für eine nachhaltige Entwicklung, der demnächst in der Abgeordnetenkommission zur Debatte steht, stellt letztlich den maßgeblichen Rahmen für die weitere Entwicklung Luxemburgs dar. Primär muß ein Konsens über die Zielvorstellungen der Entwicklung Luxemburgs in den verschiedenen Politikbereichen herbeigeführt werden, die anhand von konkreten Indikatoren zu messen sind. In dieser Hinsicht müssen noch substantielle Anstrengungen gemacht werden. Das Hearing in der Umweltkommission der Abgeordnetenkommission machte es deutlich: es gibt große Differenzen in den Sichtweisen über das, was nachhaltige Entwicklung für Luxemburg bedeutet. Eine Reihe von Akteuren z.B. scheinen den Plan für eine nachhaltige Entwicklung seitens des Umweltministeriums (der von der gesamten Regierung verabschiedet wurde) nur begrenzt zu tragen.

Es drängt sich eine schnelle Verabschiedung von Indikatoren und gemeinsamen Zielvorstellungen auf – als Rahmen für die Diskussion über die Zukunftsgestaltung Luxemburgs!

Eine zweite Voraussetzung:

## Die notwendige Objektivierung der Diskussion: Fakten beschaffen - Szenarien entwickeln

---

Zudem gilt es -sei es unter der Verantwortung eines Umweltministeriums oder aber einer (neuzuschaffenden?) Kommission der Abgeordnetenversammlung - Fakten zur Objektivierung der Diskussion zusammenzutragen und aufzubereiten sowie Entwicklungsszenarien auszuarbeiten.

Es ist in der Tat erschreckend, wie laienhaft derzeit die Diskussionen über die Entwicklung Luxemburgs ablaufen. Mit Neid mag man aufs Ausland schauen, wo zumindest - losgelöst von den politischen Entscheidungen selbst - bei derartigen wesentlichen Fragestellungen seitens unabhängiger Institute fachliche Unterlagen angefordert, Expertenhearings organisiert werden u.a.m. Eine derartige "professionelle" Vorgehensweise ist bis dato in Luxemburg leider nicht oder nur in Ansätzen erkennbar.

Gespräche zwischen Kommissionen der Abgeordnetenversammlung und der Zivilgesellschaft - so gut gemeint sie auch sein mögen - können eine strukturierte, fachlich fundierte und mit unterschiedlichen Zukunftsszenarien bereicherte Debatte nicht ersetzen. Einige Fallbeispiele:

### - Zentrale Fragestellungen definieren

Man wird den Eindruck nicht los, als ob die Debatte über die Entwicklung Luxemburgs eine Art "fourre-tout" darstellen würde, in dem alles andiskutiert werden soll. Was aber sind die zentralen Politikfelder, in denen Handlungsbedarf im Rahmen der Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung bzw. die Zukunftsgestaltung unseres Landes besteht? Dies müßte an sich die erste Aufgabe sein: in einem Konsens diese zentralen Fragestellungen zu definieren und entsprechend die Ansprechpartner für den Diskussionsprozeß zu bestimmen.

### - Objektive Fakten zusammenstellen

Der Mouvement Ecologique bedauert die Tatsache, daß - zumindest nach Außen - die Diskussion über die Entwicklung Luxemburgs nur begrenzt auf der Ebene von konkreten Fakten erfolgt. Um eine Versachlichung zu gewährleisten, müßten - sei es seitens der betroffenen Ministerien oder aber durch speziell dafür beauftragte Institutionen oder Studienbüros - eine Reihe von Grundmaterialien zusammengestellt werden. So z.B.:

- Aktualisierte Berechnung der Szenarien betreffend die Bevölkerungsentwicklung bzw. der diesen Szenarien zugrundeliegenden Stellgrößen («variables»);
- Begrenzender Faktor für die mögliche Entwicklung Luxemburgs ist, wie schon erwähnt, der verfügbare Raum. Deshalb sollten auch auf dieser Ebene Fakten auf den Tisch gelegt werden, wie z.B.
  - \* Bestandsaufnahme über die Bebauungspläne der Gemeinden: wieviel Wohnraum ist innerhalb der Bauperimeter noch verfügbar? Wie kann dieser prioritär genutzt werden?
  - \* Darstellung der «Tabuzonen» (z.B. Freiflächen zwischen Siedlungskernen, Schutzgebiete, wertvoller landwirtschaftlicher Boden...)
- Analyse der potentiellen Steuerungsinstrumente, die der Politik auf nationaler bzw. lokaler Ebene im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Luxemburg zur Verfügung stehen.

## - Entwicklungsszenarien darstellen

Unerlässlich ist, in einer weiteren Phase Entwicklungs-Szenarien je nach Bevölkerungsentwicklung darzulegen:

- Wie könnte die Verkehrspolitik im ganz konkreten organisiert werden, bei einer Erhöhung der Bevölkerung bzw. der Grenzpendler? Welche verschiedenen Szenarien – Orientierungen sind vorstellbar, welche aufgrund der Anforderungen der Nachhaltigkeit realistisch?
- Wie könnte eine räumliche Verteilung von neuem Wohnraum unter landesplanerischen bzw. nachhaltigen Gesichtspunkten erfolgen?
- Wie könnte eine - den Anforderungen der Landesplanung entsprechende - Ansiedlung von Schulinfrastrukturen, Aktivitätszonen usw. organisiert werden?

Bei solchen Fragestellungen sind eine Reihe von Ministerien - aber vor allem auch ein Landesplanungs- sowie das Umweltministerium - gefordert.

Es versteht sich von selbst, daß eine breite öffentliche Debatte darüber stattfinden müßte, welche jeweiligen Entwicklungsszenarien als wünschenswert für die zukünftige Entwicklung angesehen werden.

## Eine dritte Voraussetzung:

### Operationalisierung der Maßnahmen

---

Doch Fakten alleine reichen natürlich nicht aus. Luxemburg krankt daran, daß auch gute Pläne / Absichtserklärungen in der Praxis nur äußerst begrenzt Berücksichtigung finden. Vielfach sind die Pläne das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind: siehe die Absichtserklärung zum Naturschutz von 1981, das Programm bzw. die Direktiven zur Landesplanung u.a.m.

Von grundlegender Bedeutung ist es deshalb, eine Verbindlichkeit der einzelnen Planungsinstrumente zu gewährleisten und darüber zu diskutieren, wie dies erfolgen kann. Dies gilt

- für den Plan für eine nachhaltige Entwicklung
- die Direktiven der Landesplanung
- die "plans sectoriels", die in Ausarbeitung sind.

Die zentrale Frage lautet demnach: ist die Politik bereit überhaupt steuernd einzugreifen oder wird sie weiterhin dem "freien Markt" diese Aufgabe überlassen mit den Konsequenzen, die man sich ausdenken kann. Besteht der politische Mut dies zu tun? Oder beschränkt sich die Politik (u.a. das Landesplanungsministerium) auf eine Moderationsaufgabe zwischen divergierenden Interessen, mit dem Risiko, daß der Stärkere – derjenige, der den finanziellen Vorteil einer Entwicklung hat – sich durchsetzt ?

Es gilt demnach nicht nur Absichten zu formulieren, sondern jeweils operationelle Maßnahmen zu definieren. Es wird sich als notwendig erweisen, auch und gerade kurzfristig Entwicklungen zu verhindern, die nicht mehr gutzumachende Schäden verursachen können: dies u.a. im Bereich der weiteren Zersiedlung der Freiräume, im Bereich der für Normalverdienende unzumutbareren Preise im Wohnungsmarkt u.a.m.

Dringend notwendig ist die Ausarbeitung von Entwicklungskonzepten auf regionaler Ebene, im Rahmen derer aufgrund eines gemeinsam erarbeiteten Leitbildes u.a. eine rechtsverbindliche Koordinierung der Siedlungsentwicklung erfolgt.

Bei allem Lob für die staatliche bzw. gemeindemässige Arbeit in Zusammenhang mit der Revitalisierung der Industriebrachen im Süden des Landes: wo bleibt die Schaffung des Regionalsyndikates ProSud, wo bleibt die Ausarbeitung des regionalen Entwicklungskonzeptes Süden, in das sich die Zukunft u.a. von Esch-Belval oder Terres-Rouges einbetten müßte? Gleiches gilt für die Peripherie der Stadt Luxemburg, wo gigantische Aktivitätszonen im Entstehen sind, ohne daß darüber auch nur in Ansätzen eine öffentliche Diskussion geführt wurde.

## Grundvoraussetzung: horizontale statt sektorielle Politikgestaltung

Sowohl die Frage der nachhaltigen Entwicklung, als auch die Umsetzung der Direktiven der Landesplanung, setzt eine Verknüpfung der verschiedenen Politikbereiche voraus.

Ja - Indikatoren im ökologischen Bereich müssen auch einen Impact auf die Verkehrspolitik haben.

Ja - Vorgaben im Bereich der Direktiven der Landesplanung sollen prägend sein für die weitere Ansiedlung von Aktivitätszonen.

Ja - Vorgaben des Landschafts- und Naturschutzes müssen die Grundlage für die Siedlungsentwicklung darstellen.

## 2. Eine offene Diskussion - auch und gerade - über grundsätzliche Fragestellungen gewährleisten

Die Diskussion über die Frage des 700.000 Einwohner-Staates birgt auch zahlreiche Chancen. Dies jedoch nur, wenn es gelingt, über die klassischen Denkansätze hinaus auch neue Wege zu gehen - wenn es keine Tabus in der Diskussion gibt und die Gelegenheit genutzt wird, eine grundsätzliche Diskussion über die wünschenswerte Entwicklung von Luxemburg im sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Bereich zu führen. Gerade jetzt bietet sich die Gelegenheit den Mut aufzubringen, über grundsätzliche Fragestellungen zu diskutieren und tradierte Vorstellungen in Frage zu stellen - neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

So sollten - exemplarisch für andere (es würde den Rahmen dieser Stellungnahme sprengen, wenn alle Bereiche angesprochen werden würden) - auch Themen wie die folgenden angegangen werden:

**„Welches wirtschaftliche Wachstum in welchen Bereichen mit welchen Zielsetzungen?“: eine Diskussion über diese grundsätzliche Frage ist überfällig!**

---

Bei der Frage über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gilt es nach Meinung des Mouvement Ecologique differenzierter vorzugehen, als dies bis dato der Fall ist. Im Vordergrund sollte eine nuancierte Fragestellung über Form und Ausmaß des wirtschaftlichen Wachstums stehen.

Luxemburg hat in der Tat heute aufgrund der wirtschaftlichen Situation - anders als noch zu Zeiten der Umwälzungen in der Stahlindustrie - sehr wohl einen gewissen politischen Spielraum um wenigstens zum Teil eine sehr bewußte Wahl zu treffen, welche wirtschaftliche Diversifizierung wünschenswert ist und welche nicht. Welche demnach bewußt seitens des Staates gefördert werden soll - und welche weniger bzw. nicht oder gar bewußt verhindert.

Es gilt - soweit wie möglich auf Basis des genannten objektiven, noch zu erstellenden Faktenmaterials - eine gezielte Strategie im Sinne eines qualitativen Wachstums in die Wege zu leiten, die u.a. folgende Elemente beinhalten sollte:

- Eine zielorientierte(ere) Diversifizierung unserer Wirtschaft in Zukunftsbereichen so z.B. eine weitere Stärkung des Mittelstandes, die gezielte Förderung von Produktionsanlagen im Bereich der zukunftsweisenden Technologien (wie z.B. der Solarenergie), die generelle Organisation einer gezielteren Wirtschaftsprospektion im Bereich der Umwelttechnologien (ein Umdenken von einer „Länderprospektion“ hin zu einer „Branchenprospektion“ ist erforderlich), die Erhöhung des Anteils der biologischen Landwirtschaft, eine konsequentere Förderung einer regionalen Qualitätsproduktion bzw. der Weiterarbeitung und Vermarktung im landwirtschaftlichen Bereich. Wenn es Luxemburg gelungen ist in der Vergangenheit eine gezielte Politik im Bereich des Banken- oder Mediensektors in die Wege zu leiten, so müßte es mit Weitsicht auch möglich sein, neue Wege in diesen Bereichen zu eröffnen.
- Eine bewußte Orientierung des Finanzplatzes Luxemburgs an Kriterien der Nachhaltigkeit, so z.B. im Rahmen eines - auf den Erfahrungen im Ausland - aufbauenden „Nachhaltigkeitsrankings“ von Investmentfonds, Aktien usw. wobei diese auf ihre Sozial-, und

Umweltkonformität sowie ihrem Engagement betreffend die Entwicklungsländer bewertet werden.

- Ein progressiver Abbau der sehr einseitig orientierten und von äußeren Einflüssen stark abhängigen Nischenpolitik, z.B. im Bereich des Tanktourismus (siehe Projekt einer weiteren Großtankstelle an der Saarautoabahn). In einer ersten Phase müßte zumindest eine Zunahme dieser Abhängigkeit unterbunden werden.  
Die aktuelle Politik, die vielfach auf einer Ausnutzung der Souveränitätsrechte beruht, muß progressiv durch eine Strategie der Entwicklung einer Wissensgesellschaft (u.a. des „savoir faire“) ersetzt werden. Erforderlich sind hierzu u.a. auch verstärkte Investitionen im Bildungs- und Forschungsbereich.
- Die Durchsetzung der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in wesentlichen sektoriellen Politikbereichen, so u.a. in der Transportpolitik (bewußte Beschränkung der Entwicklung des Cargo-Bereiches im Flugverkehr, gezielte Veränderung des modal-split im Berufs- und Freizeitverkehr...).
- Die gezielte Umgestaltung aktueller Fördermechanismen in der Wirtschaftspolitik im Sinne eines qualitativen Wachstums (z.B. Bindung von finanziellen Hilfestellungen an Qualitätskriterien, über die geltenden Gesetzgebungen hinaus).
- Die Entwicklung von Zukunftsvorstellungen - gemeinsam mit anderen Akteuren der Großregion - in Bezug auf die Vision einer Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Großregion in 15 - 20 Jahren, dies in Zusammenhang mit möglichen Verlagerungen von Entscheidungskompetenzen auf EU-Ebene.
- Eine offene Diskussion darüber, wie eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums zwischen allen Bevölkerungsschichten gewährleistet werden kann.

Nicht zuletzt auch im Rahmen der Entwicklung der Branchen im Süden des Landes müßte es doch endlich gelingen eine Diskussion über die wünschenswerte ökonomische Entwicklung zu führen.

## Eine gemeinsame Zukunftsvision für die Großregion mit den dort lebenden Menschen erarbeiten!

---

Die Entwicklung offensiv aufgreifen und deren Chancen erkennen bzw. Nachteile verhindern bedeutet auch der Idee der Großregion zu einer neuen Realität zu verhelfen. Es geht hierbei auch um strukturelle Probleme, die zwischen den einzelnen Teil-Regionen auf politischer Ebene anzusprechen sind und die direkt mit der Idee des bewußten Umgangs mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden sind. So u.a. die Frage

- einer systematischen räumlichen Organisation der verschiedenen Aktivitäten in der Großregion (u.a. betreffend Standorte für Betriebe), so z.B. auch in Zusammenhang mit der Umnutzung der Industriebrachen
- des Ausbaus einer formalisierten Kooperation zwischen den Teil-Regionen, z.B. auch im Bereich der Verkehrspolitik, wo es neben der grundsätzlichen Verbesserung des Angebotes auch die finanziellen Aspekte zu klären gibt;
- der Symbiose und Abstimmung zwischen Ländern, z.B. im kulturellen, sozialen Bereich, damit durch sich ergänzende Initiativen ein Qualitätssprung erreicht werden kann;
- der Gewährleistung einer Verteilung der Wertschöpfung innerhalb der Großregion.

Die Idee der Großregion ist somit nicht nur aus der Sicht der Arbeitsplätze weiter zu entwickeln – die soziale, kulturelle und politische Dimensionen sind verstärkt zu fördern.



Die Vision einer gemeinsamen zukünftigen Entwicklung für die Großregion beginnt in den Köpfen der Menschen: dies bedingt, daß neben einer verstärkten Kooperation von öffentlichen Stellen dies- und jenseits der Grenzen auch ein verstärkter Austausch innerhalb der Zivilgesellschaft stattfindet. Hier haben ohne Zweifel die Schulen bzw. die Nichtregierungs-Organisationen eine wichtige Aufgabe, insofern sie von den staatlichen Stellen hierzu entsprechend unterstützt werden.

## „Ein Mehr an Wachstum bedeutet nicht ein Mehr an Lebensqualität“

Auch in Luxemburg ist es an der Zeit eine öffentliche Diskussion über Sinn und Unsinn bestimmter Formen des Wachstums - über den Begriff "Wohlstand" bzw. "Lebensqualität" im 21. Jahrhundert herbeizuführen.

Denn auch VertreterInnen wirtschaftlicher Kreise zufolge ist ein Mehr an Wachstum keineswegs mehr implizit mit einer Steigerung der Lebensqualität verbunden. Die Gleichung Wachstum = Absicherung bzw. Erhöhung der Lebensqualität erweist sich zunehmend als Trugschluß und ist in dieser Form nicht länger zulässig.

Solange die Zahl der Straßenunfälle als positive ökonomische Entwicklung verbucht wird, solange das Bruttosozialprodukt blind für die aus der Produktion entstehenden Umweltbelastungen ist, kann es nicht mehr als Messinstrument für den Wohlstand in einer Gesellschaft gewertet werden.

Zahlreiche Berechnungen zeigen sogar auf, daß ab einem gewissen Zeitpunkt die zusätzliche Steigerung eines Bruttoinlandproduktes lediglich ausreicht, die negativen Konsequenzen des Wachstums aufzufangen, ja sogar in gewissem Umfang sogar noch stärker sind.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sollte auch in Luxemburg eine öffentliche Debatte über diese grundsätzlichen Fragestellungen geführt werden. Ein solcher Diskurs kann sich dabei nicht nur auf die vermeintliche "Wohlstandsinsel Luxemburg" begrenzen. Notwendig ist vielmehr ein "Blick über den Tellerrand" (Zusammenhang mit der Großregion bzw. zwischen den reichen Industrieländern des Nordens und den sog. Entwicklungsländern im Süden).

Die Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit bedeutet entsprechend auch einen kulturellen Paradigmenwechsel, von einer stark auf materielle Güter konzentrierten Gesellschaft hin zu anderen Lebensstilen, in denen nicht-materiellen Werten vielleicht eine größere Bedeutung zukommt.

Deshalb ist es erforderlich - neben der Wertediskussion - auch wie oben angeführt konkrete neue objektivere Instrumente zur Bewertung des Wohlstandsniveaus in unserem Land einzuführen. So z.B.

- ein alternatives Meßinstrument neben dem aktuellen Bruttosozialprodukt erstellen zu lassen ("Oeko-Sozialprodukt" bzw. "Index of sustainable economic welfare");
- ähnlich wie die BRD oder England nach dem System eines "Umweltbarometers" nachvollziehbare Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung festzulegen und periodisch zu veröffentlichen, um derart die Entwicklung Luxemburgs im Bereich der nachhaltigen Entwicklung darzulegen.

### 3. Die Politik muß heute ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen

Befremdend ist, daß sich die Politik scheinbar für die Diskussion über die Entwicklung des 700.000 Einwohnerstaates zu erwärmen scheint und Fragen aufwirft, wie diese gehandhabt werden kann, in weitaus geringerem Ausmaß aber thematisiert, daß es einerseits heute Probleme zu lösen gilt und andererseits bei heutigen Entscheidungen die Bevölkerungsentwicklung ausreichend in Betracht gezogen werden müßte.

- Wo bleibt der „plan sectoriel transport“, der langfristig endlich ein Verkehrskonzept für unser Land darstellen würde? Wo bleibt ein nationaler Verkehrsverbund?
- Wann werden endlich Tabu- bzw. Schutzzone im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes definiert, damit die Zersiedlung des Raumes verhindert wird?
- Wann wird der Wohnungsbau aktiv, um bei dem bereits heute sehr hohen Baudruck eine kohärentere Siedlungsentwicklung zu ermöglichen? Wo bleibt auch hier der „plan sectoriel logement“, der in der Regierungserklärung angekündigt wurde?

Die Politik muß

- heute ihre Handlungsfähigkeit und ihren Gestaltungswillen unter Beweis stellen. Ansonsten wird wohl kaum einer ihr das Zutrauen schenken, daß sie die Bevölkerungsentwicklung im erforderlichen Ausmaß steuern wird;
- bei heutigen Entscheidungen bereits die absehbare Bevölkerungsentwicklung berücksichtigen.

Einige Beispiele:

- Die Arbeitsplatzentwicklung muß in ihrer regionalen Verteilung bewußt gesteuert werden, dies u.a. im Rahmen von regionalen Entwicklungskonzepten. Eine weitere Fokussierung auf die Stadt Luxemburg und die Randgemeinden muß einer realen Diversifizierung der Aktivitäten weichen. Neben der Umnutzung der Industriebrachen im Süden (so wie es der Staat derzeit tut) weiterhin Standorte wie Findel oder „Cloche d'Or“ fördern zu wollen, wird kurzfristig zu einem völligen Kollaps auf dem Verkehrs- und Wohnungsmarkt führen. Darüber hinaus ist es geboten, eine räumliche Nähe u.a. der Funktionen «Wohnen», «Arbeiten» und «Erholung» im Rahmen einer bewußten Politik der Dezentralisierung zu erreichen.
- Zwingend ist, im Sinne der Veränderung des Modal-Split im Berufs- und Freizeitverkehr, das Schienennetz und die Begleitinfrastrukturen im Rahmen eines Verkehrsverbundes endlich konsequent auszubauen, u.a. in die Grenzregionen hinein; das BTB-Projekt ist und bleibt das Zukunftsprojekt schlechthin. Der Weg zu neuen Formen der Mobilität beginnt in den Köpfen: deshalb ist die kurzfristige Schaffung einer Mobilitätszentrale dringend geboten.
- Statt einer weiteren willkürlichen Zersiedlung der freien Landschaft bzw. einer unrationellen Nutzung des begrenzten Raumes, sollten seitens des Staates bzw. der Gemeinden gezieltere Anreize für raumsparende, sozialorientierte und nachhaltige Siedlungs- und Bauformen gemacht werden. Hier ist auch das Wohnungsbauministerium konkret gefordert.
- „Wir haben Arbeiter gerufen, es kamen Menschen“: Diese Aussage ist ein Plaidoyer für verstärkte Bemühungen im Hinblick auf die Integration der in Luxemburg lebenden ausländischen MitbürgerInnen bzw. aber auch deren Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Diese Frage wird ohne Zweifel, nicht nur im schulischen Kontext, eine der Zukunftsfragen par excellence in unserem Land darstellen.

## 4. Eine Diskussion über die Entwicklung Luxemburgs kann nicht ohne die BürgerInnen stattfinden!

---

Der Mouvement Ecologique ist der Grundüberzeugung, daß ein breiter öffentlicher Diskurs gefördert werden muß, so wie es auch in der Erklärung der Rio-Konferenz von 1992 ausdrücklich formuliert wurde.

- Das Prinzip der Federführung der Abgeordnetenkommission ist aufgrund der Tragweite der anstehenden Entscheidungen angebracht. Die Debatte sollte jedoch, wie schon erwähnt, nicht unter dem Motto „immigration“ geführt werden, da diese Fragestellung nur einen Teilaspekt der Gesamtproblematik darstellt.
- Ein klarer – nach außen transparenter - Zeitplan, in dem die Strukturierung der Debatte dargelegt und die wesentlichen Fragestellungen skizziert werden, sollte aufgestellt werden.
- Die Erstellung von Fakten und möglichen Entwicklungsszenarien ist, wie schon erwähnt, dringend geboten. Dabei müssen alle im Rahmen der Diskussion genutzten oder spezifisch erstellten Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies auch auf offensive Art und Weise, z.B. durch bewußte Darstellung in den Medien, Veröffentlichung auf der homepage der Abgeordnetenkommission. Desweiteren sollte soweit wie möglich eine allgemein verständliche Darstellung der wichtigen Dokumente erfolgen.
- Es bietet sich an regelrechte Foren zu Schwerpunktthemen zu organisieren, dies unter Einbeziehung der „forces vives“ aber auch von neutralen Experten, die z.T. – neben den staatlichen Verwaltungen - auf Auftragsbasis für die notwendige fachliche Grundlagen bzw. die Ausarbeitung von Politikalternativen bzw. Szenarien verantwortlich zeichnen. Es versteht sich von selbst, daß derartige Ganztagsforen sowohl für die Presse als auch für die BürgerInnen einsehbar sein sollten.

Desweiteren stellt sich die Frage, wie wichtig den politischen Akteuren die Einbindung der sogenannten Zivilgesellschaft ist. Falls diese nämlich tatsächlich eine wichtigere Rolle übernehmen sollten, so müßte man auch deren Chancen und Möglichkeiten zum Einwirken verbessern: Warum z.B. nicht auch die Erstellung von Analysen durch ONGen gezielt vom Staat unterstützen?

- Über die klassische Information der Bevölkerung hinaus, sollte an neue moderne Formen der Kommunikation gedacht werden. Dies geht vom anspruchsvollen Konzept der „Zukunftswerkstätten“ bis hin zu dynamischen Kommunikationsformen via Internet.

## Eine Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung muß Ängste der BürgerInnen ernst nehmen:

Der Mouvement Ecologique ist der Meinung, daß in einem begrenzten und politisch verantworteten Bevölkerungswachstum nicht nur Probleme, sondern auch Chancen liegen.

Luxemburg war seit jeher ein Immigrationsland und u.a. auf Arbeits-Know-How aus dem Ausland angewiesen. Darüber hinaus kommt ihm aufgrund seiner zentralen Lage im Saar-Lor-Lux Raum und als eigenständiges Land eine, gegenüber Grenzregionen, besondere Aufgabenstellung zu.

Deshalb gilt es in aller Deutlichkeit denjenigen Meinungsäußerungen entgegen zu treten, die vor der Gefahr einer „Überfremdung“ warnen möchten. Vielmehr sollte sich unser Land, wie in der Vergangenheit, zu einer weltoffenen Gesellschaft im Sinne eines interkulturellen Austausches und Zusammenlebens bekennen.

Es gilt in der Tat die Chancen wahrzunehmen, die in einer (gesteuerten) Entwicklung unserer Bevölkerung bzw. des Arbeitsplatzangebotes liegen: im Hinblick auf einen Qualitätssprung im kulturellen Bereich bzw. im Bildungsangebot, einer Optimierung des öffentlichen Verkehrs, einer sinnvollen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten u.a.m.

Es gilt selbstverständlich auch sehr bewußt politische Entscheidungen zu treffen, um eventuelle nachteilige Folgen dieser Entwicklung zu vermeiden bzw. zu mindern. Ein lenkendes und steuerndes Eingreifen ist von Nöten, u.a. im Rahmen der Landesplanung und einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Dem Innen- bzw. Umweltministerium kommt somit hier eine federführende Rolle zu.

Nichtsdestotrotz ist festzustellen, daß es bei der Bevölkerung zahlreiche Ängste in diesem Zusammenhang gibt. Eine Umfrage des Mouvement Ecologique anlässlich der Oeko-Foire 2001 hat dies eindeutig aufgezeigt.

Es kann und darf nicht sein, daß Meinungen, die auf solchen Ängsten gründen, a priori als „unzulässig“ abgekanzelt werden – weil sie politisch unbequem sein mögen. Eine solche Vorgehensweise würde zu einer Polarisierung der Diskussion führen!

Es gilt vielmehr diese Ängste vieler BürgerInnen sehr bewußt aufzugreifen und durch die Lösung der heute anstehenden Probleme sowie einer ehrlichen Diskussion zu entkräften.